

# Danziger Volksstimme

Einzelpreis 20 Pfennig

Bezugspreis monatlich 8.00 Gulden, wöchentlich 1.75 Gulden, in Deutschland 2.50 Goldmark, durch die Post 3.00 Gulden monatlich. Anzeigen: die Beilage 40 Gulden, Reklamazeile 2.50 Gulden, in Deutschland 0.40 und 2.50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 12

Freitag, den 15. Januar 1926

17. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,  
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-  
bestellung und Druckkosten 3290

## Die Einigung der deutschen Mittelparteien.

Keine nennenswerte Neubefehung der Regierung. — Auch Gehler bleibt.

Es ist zu erwarten, daß die neue Regierung Luther am Freitagabend gebildet ist und sich am Mittwoch der kommenden Woche dem Reichstag mit einer Programmklärung vorstellt. Die prinzipielle Einigung der bürgerlichen Mittelparteien über bestimmte programmatische Punkte ist am Donnerstag nach wiederholten Verhandlungen erzielt worden. Im Zentrum wurde die Frage der aktiven Beteiligung stark umkämpft, insbesondere vertrat Siegelwaid die Auffassung, auch gegenüber dem zweiten Kabinett Luther nur eine lose Bindung einzugehen.

Die Personenfragen sollen endgültig am Freitag geklärt werden. Sie sind in den bisherigen Verhandlungen nur gestreift worden. Dem Zentrum wurden von Dr. Luther das Justizministerium in Verbindung mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete, ferner das Arbeitsministerium mit Brauns und das Ernährungs- oder Wirtschaftsministerium angeboten. Als Justizminister dürfte der bisherige Reichsanwalt Marz in Frage kommen. Anfänglich hat das Zentrum auch auf die Befehung des Reichsministeriums des Innern Wert gelegt, ohne die Uebernahme dieses Amtes aber zur Bedingung für den Eintritt in die Regierung zu machen. Es ist wahrscheinlich, daß ein Demokrat dieses Ministerium übernimmt. Außerdem dürfte die demokratische Fraktion noch einen Minister für eines der anderen Ämter (Finanzministerium) zu stellen haben.

Der Reichswehrminister Dr. Gehler wird angeblich aus Gesundheitsgründen dem neuen Kabinett Luther nicht mehr angehören. Die wirkliche Ursache seines Rücktritts dürfte aber in der scharfen Opposition zu suchen sein, die seine Haltung seit Monaten in- und außerhalb der demokratischen Reichstagsfraktion fand. Völlig ausgeschlossen scheint, daß an die Stelle Gehler's der Chef der Heeresleitung Generaloberst Seeckt tritt. Das Zentrum und auch die Demokraten wünschen eine Befehung des Reichswehrministeriums durch eine Zivilperson und nicht durch einen Militär.

Die Volkspartei wird an dem neuen Kabinett in erster Linie durch den Außenminister Dr. Stresemann beteiligt sein. Sie dürfte außerdem noch zwei weitere Ämter zu besetzen haben. Die Bayerische Volkspartei ist durch den bisherigen Reichspostminister Dr. Stöcker vertreten.

Zu den Bemühungen Dr. Luthers um die Neubildung der Regierung, die, wie nunmehr in der Presse der Parteien der Mitte einmütig betont wird, eine ausgesprochene Koalitionsregierung sein soll, schreibt heute morgen die „Vossische Zeitung“: „Dr. Luther, obwohl er kein Parlamentarier ist, oder gerade weil er kein Parlamentarier ist, hat leider nicht das Verfahren eingeschlagen, sich seine Mitarbeiter selbst auszusuchen, sondern er hat die Fraktionen zunächst um ihre Wünsche gefragt. Daraus ergibt sich, daß zu den einzelnen Parteiführern, insbesondere für das Innenministerium, gleichzeitig Anmeldungen mehrerer Parteien vorlagen, die miteinander in Konkurrenz traten.“

Die „Tägl. Rundschau“ vermerkt, es bestünde volle Einmütigkeit darüber, daß die Regierung der Mitte als eine festgeschlossene Koalitionsregierung ins Leben treten soll. Diese Ansicht setzt voraus, daß man den Fraktionen im Kabinett eine härtere Vertretung gibt als bisher. Sicher ist, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei Wert darauf legt, durch einen politischen Minister im Kabinett vertreten zu sein, der die notwendige enge Verbindung zwischen Kabinett und Fraktion aufrechterhalten kann. Das Blatt teilt dann mit, daß die Volkspartei das Innenministerium für den Abg. Curtius beansprucht, daß die Demokraten bekanntlich mit ihrem Führer Dr. Koch befehnt wissen wollen.

## Der Arbeitermord in Verlach.

Im Verlach'schen Mordprozess wurde am Donnerstag die Augenvernehmung fortgesetzt. Zwei aktive Polizeibeamte erklärten, sie hätten in der Verhaftung und Erschießung der Arbeiter nichts Unrechtes gesehen, wenn diese bewaffnet gewesen wären. Die Arbeiter hatten aber tatsächlich keine Waffen gehabt. Der Einzug der Regierungstruppen am 1. Mai sei in aller Ruhe erfolgt. Ein anderer Polizeibeamter hat keine Anhaltspunkte dafür, daß die erschossenen Personen Rotgardisten waren. Nach seiner Kenntnis seien es

lauter brave Männer

gewesen. Das gleiche bestätigt der Polizeidiener von Verlach, der versichert, die Erschossenen seien keine radikalen Leute gewesen, dagegen seien die einziehenden Truppen sehr radikal vorgegangen und hätten verhaftet, was ihnen beliebt.

Der Bürgermeister von Verlach bezeugte, daß während der Rätezeit in Verlach alles ruhig gewesen sei. Die Erschossenen seien lauter Mehrheitssozialisten gewesen. Bei dem Einzug der Truppen habe er auftragsgemäß zur Waffensammlung aufgefordert und dem sei Folge geleistet worden. Am 4. Mai seien dann zwei militärische Kommandos bei Verlach vorgefahren. Nach längerem Aufenthalt im Pfarrhaus seien die Truppen mit einem Zettel, auf dem die Namen der später Erschossenen standen, zu ihm gekommen mit der Aufforderung, diese Leute herauszusuchen. Er habe das aber abgelehnt. Ein weiterer Zeuge bestätigt, daß die Frau des Pfarrers Sell das Freikorps Vukow in München um Hilfe angerufen habe. Der zweite Bürgermeister von Verlach spricht die Vermutung aus, daß gewisse Kreise zum Zusammengeheuern hätten, um die Arbeiter an die Regierungstruppen zu verraten.

## Die Angst des Pfarrers.

Der katholische Pfarrer von Verlach schildert die Befürchtungen seines protestantischen Kollegen während der roten Gefahr. Den erschossenen Pastorenmeister Ludwig bezeichnet er als einen gefährlichen Linksradikalen und Heizer. Pfarrer Sell schildert im Gegensatz zu den anderen Zeugen die Lage in Verlach von der Revolution bis zum Mai 1919 als sehr bedrohlich, besonders für die Geistlichen, weil sie nach dem Tode Eisners die Glocken nicht hätten läuten lassen. Er erklärt, daß seine Frau am 3. Mai nach München im Schutz telephoniert habe, worauf am nächsten Tage die Truppen unter Führung des Leutnants Pölzing nach Verlach gekommen seien. Pfarrer Sell gibt zu, diesem einige Namen der später Erschossenen genannt zu haben. Pölzing habe jedoch schon einen Zettel mit Namen bei sich gehabt. Nach der Erschießung der Arbeiter durch die Truppen habe gegen ihn, den Pfarrer, in Verlach große Erbitterung als Verräter der Arbeiter geherrscht.

## Belagerungszustand im Memelgebiet?

Polnischen Blättermeldungen zufolge antwortete die litauische Regierung auf die gereichten Forderungen der Memeler Bevölkerung in der Neubefehung des Landesdirektoriums mit Verhängung des Belagerungszustandes.

## Frankreichs Forderungen an Ungarn.

Das Fälscherzentrum um Horthy. — Ungarns Reichsverweser in Schwierigkeiten.

Der französische Gesandte, der am Mittwoch aus Paris nach Budapest zurückgekehrt ist, wurde am Donnerstagmittag im Auftrag seiner Regierung bei dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen vorstellig, um die Erklärung abzugeben, daß die französische Regierung die Untersuchung über die Fälschung französischer Tausend-Francs-Noten keineswegs als erledigt betrachte.

Sie erwarte vielmehr von der ungarischen Regierung, daß die Untersuchung auch nach der Richtung hin ausgedehnt wird, von welchen Persönlichkeiten die Pläne zu den Fälschungen letzten Endes ausgegangen sind. Dabei teilte der Gesandte dem Ministerpräsidenten eine Reihe von Namen mit, die der französischen Regierung als in Frage kommenden bekannt geworden sind, auf die sich aber die offizielle ungarische Untersuchung bis jetzt nicht erstreckt hat.

Bei diesen Personen soll es sich um Leute aus der engsten Umgebung Horthy's handeln. Genannt werden sein Adjutant Magalhães, der Chef der Kabinettskanzlei Bartha und die bekannten rechtsradikalen Abgeordneten Gömbös und Ujvári. Der französische Gesandte hat dem Ministerpräsidenten das Beweismaterial der französischen Regierung für die Mitschuld dieser Politiker aus der engsten Umgebung des Staatspräsidenten ausgedehnt.

Gerüchtweise verlautet, daß der persönliche Adjutant Horthy's bereits zugegeben habe, über die Herstellung des

im ganzen Memelgebiet. Die militärische Besetzung des Gebietes wurde bereits verdoppelt und wird im Zustand verstärkter Bereitschaft gehalten.

Dem litauischen Ministerrat liegt zur Begutachtung ein Gesetzentwurf vor, der die Einrichtung eines besonderen Departements für die Angelegenheiten des Memelgebietes beim Ministerium des Innern vorsieht.

Die schwierige Wirtschaftslage und die damit zusammenhängende Zunahme der Arbeitslosen erregen in Litauen starke Beunruhigung. Es ist bereits zu Demonstrationen der Arbeitslosen gekommen, die das Ministerium des Innern von allen Seiten umdrängen und zuletzt von der Polizei auseinandergetrieben wurden. Die Oppositionspresse nimmt diese Vorgänge zum Anlaß, um die literale Regierungspartei wiederum heftig anzugreifen. Die Demonstrationen seien durch Hunger und Arbeitslosigkeit entstanden, deren Ursache wiederum in dem Mikromanagement der herrschenden Partei zu suchen sei. Die „Lituvos Blietis“ erinnern an den kürzlich getauften Anspruch des literalen Parteiführers, der gesagt hätte, daß die Partei die Macht jedenfalls freiwillig nicht aus den Händen geben werde. Das Blatt fragt nun, ob das etwa eine Trostmaße bedeute, daß das Volk evtl. gegen den Willen des demnach an wählenden neuen Seins regiert werden solle. Zugleich weist das Blatt darauf hin, daß Gerüchte über allerlei Diktaturpläne umlaufen, eine Diktatur oder der Versuch zu einer solchen wäre aber in Litauen gleichbedeutend mit einem Bürgerkrieg, dem sowohl die Polen als auch die Litauern gewiß nicht untätig zuschauen würden. Das Oppositionsblatt sieht die Lage soweit ernst an, daß es einen Appell an den gesunden Menschenverstand für nötig hält, um vor Unternehmungen zu warnen, die Litauen seine Unabhängigkeit kosten könnten.

Fälschungen unterrichtet gewesen zu sein. Auf Verlangen des Polizeipräsidenten habe er sogar einen Koffer mit falschen französischen Banknoten aufbewahrt.

## Der Reichsbischof als Mitschuldiger.

Am Donnerstag wurde im Zusammenhang mit den Notenfälschungen auch der Generaldirektor der Postpartasse, der zugleich Vorsitzender des Verbandes der gesellschaftlichen Vereinigungen ist, seines Amtes enthoben. Es wird ihm zur Last gelegt, aus seinem Fonds Geld für die Frankenfälschungen zur Verfügung gestellt zu haben. Diesem Verband sind 47 rechtsradikale Vereinigungen des Landes angeschlossen. Der im Zusammenhang mit den Fälschungen bereits vielfach genannte Feldblühof Zdrauer, der oberste Vorgesetzte der Militärgeistlichkeit Ungarns, ist am Donnerstag in seiner Wohnung unter polizeiliche Bewachung gestellt worden. Es scheint nunmehr einwandfrei festzustellen, daß er längere Zeit in seiner Wohnung eine Kiste mit gefälschten Frankennoten aufbewahrt hat. Interessant und beachtenswert ist eine Äußerung des Oberhofmeisters des Erzherzogs Otto, in der er sein Erscheinen darüber ausdrückt, daß bisher nur 19 Personen verhaftet worden sind. Nach seiner Auffassung müßten mindestens 250 Verhaftungen in den politisch führenden Kreisen des Landes vorgenommen werden.

## Raubzug der deutschen Fürsten.

Nach mehrtägiger Erörterung im Rechtsausschuß des Reichstages ist klar geworden: das deutsche Volk ist früher von seinen Fürsten nach allen Regeln der Kunst ausgeraubt worden. Fürstliche Kabinettsjustiz hat aus Unrecht „Recht“ gemacht, und dies über die Revolution hinaus gerettete Recht soll jetzt rückwärtslos zur Geltung gebracht werden.

Die Hohenzollern haben das Beispiel gegeben, die übrigen hohen, höchsten und allerhöchsten Herrschaften sind ihnen gefolgt. Für die preussischen, thüringischen und medlenburgischen Fürsten läßt sich dies alles schon auf Grund der bisherigen Beratungen des Rechtsausschusses urkundlich nachweisen.

## Wie der Fürstenbesitz zustande kam.

In Preußen war in vielen Fällen lange vor der Revolution Streit darüber, ob das eine oder andere Landgut Eigentum des Königs oder des Staates sei. Wenn aber selbst das preussische Justizministerium, in einem Fall der berühmte Rechtslehrer Savigny als Justizminister, das Eigentum des Staates für zweifelhaft erklärte, gelang es immer noch, ein entgegengefügtes Rechtsgutachten willfähriger Juristen zu schaffen. Daraufhin wurde dann eine Rechtsunsicherheit konstituiert und der Rechtsstreit einfach — es war die Zeit des Obrigkeitstaates — durch eine Kabinettsorder des Königs als absoluten Gesetzgebers geschlichtet: das Eigentum des Königs — es handelte sich um die Herrschaft Wusterhausen — wurde festgestellt. Auf ähnliche Weise wurde in den Fürsten günstiges Testament, welches die Herrschaft Krojanke betraf und dessen Gültigkeit umstritten war, für rechtsgültig erklärt. Der Hohenzoller entschied als König von Preußen zugunsten seiner eigenen Familie. In anderen Fällen, z. B. wegen der Herrschaft Wildenbruch, befaßte der König, um aufgetauchte Zweifel über das Eigentum zu beseitigen, dem Justizminister, die Klage gegen das königliche Haus anzukreuzen. Er brachte damit seine eigene Familie in die angenehme Lage, als Verklagte vor dem allzeit gefügigen und vom König abhängigen besonderen Fürstengericht, dem sogenannten Justizrat, zu erscheinen, der dann natürlich zugunsten des Fürstenhauses Recht sprach. In einer weiteren Reihe von Fällen ordnete der König an, daß seine Familie als Eigenheimin in das Grundbuch einzutragen sei; gegenüber dem öffentlichen Glauben von der Unschicklichkeit des Grundbuches war es dann die fast unmögliche Aufgabe des Staates, sein

besseres Recht nachzuweisen. Nur formal-juristisch war in allen diesen Fällen das Recht auf Seite der Fürsten.

## Erfenkungen an Ausländer.

Eine besondere Rolle in der Geschichte fürstlichen Eigentums erwerbs spielt der wertvollste deutsche Fürstbesitz, die Schmaltaubener Fürsten. Diese wurden im Jahre 1866 vom preussischen König, ohne daß er das Parlament befragte, an den Herzog von Koburg-Gotha verschenkt aus Dankbarkeit dafür, daß seine Landbesitzer dem preussischen König Waffenhilfe geleistet hatten. Die Opfer hatte das Volk gebracht, und der Fürst erfüllte die bei der Uebernahme der Thronen übernommene Verpflichtung, sein Land für die Kriegskosten dadurch zu entschuldigen, daß er nur einen kleinen Bruchteil des Wertes der Fürstlichen Kriegskosten zur Verfügung stellte. Jetzt sollen diese wertvollen Wälder dem englischen Prinzen zufließen, der Nachfolger der Koburger geworden ist. Ein Wit der Weltgeschichte: ein englischer Prinz, ein Verwandter des ehemaligen Königs von Hannover, gegen den Preußen gekämpft hatte, soll die Fürsten bekommen, die verschenkt wurden zum Dank für die gegen das englisch-hannoversche Königshaus geleisteten Dienste.

## Verträge sind nur Felsen Papier.

In Thüringen sind vielfach Auseinandersetzungsverträge mit den Fürsten geschlossen, teils kurz nach der Revolution, teils erst in den folgenden Jahren. Alle diese Verträge sind aber jetzt — man schenkt sich nicht, an „einem Fürstentum“ zu denken und zu beurteilen — Aufzeichnungen durch die Fürsten ausgefertigt. Nicht weniger als 25 Prozesse schweben zur Zeit zwischen dem Staat Thüringen und seinen früheren Fürsten. Sie wollen pflöckig alle, auch lange nach den Novemberereignissen, „unter unzulässiger Zwang“ gestanden haben, als sie die Verträge schlossen, sogar der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen, in dessen Land die Revolution sozusagen durch Gesetz vollzogen wurde. Und es haben sich bereits Gerichte gefunden, die auf Grund solcher Aufzeichnungen die Verträge als ungültig erklären. In a. B. den Vertrag mit dem Altenburger Fürsten, der erst 1919 getätigt wurde. Man glaubt dem hohen Herrn, daß er fürchtete, dem Hunger preisgegeben oder totgeschlagen zu werden, wenn er nicht unterschreibe. Er hatte sich das Schloß „Fröhliche We-



besteht" vorbehalten, und er bereitet offenbar auf dem Wege der Verjährungsanfechtung den Anspruch auf fröhliche Wiederkehr vor.

#### Renten auch für die Maitressen.

Den Gipfel der Unverschämtheit erreichen die Medlenburg-Strelitzer Fürsten. Erbinnen des letzten Fürsten sind eine Prinzessin zu Lippe und „Ihre königliche Hoheit die Kronprinzessin“ Maria von Montenegro, frühere Herzogin Jutta zu Medlenburg. Sie profitieren von der in Medlenburg-Strelitz ganz besonders unklaren Rechtslage. War doch, wie es in einer Denkschrift der Regierung heißt, „eine Rechtspersönlichkeit „Staat“ dem bisherigen medlenburgischen Staatsrecht völlig unbekannt.“ Die montenegrinische Kronprinzessin hatte im Februar 1918 eine Mitgift von ursprünglich 800 000 Mark zu „beanspruchen“. Im September 1921 wurde ihr restlicher Mitgiftanspruch auf fünf Millionen Mark bemessen, zuzüglich 2 Millionen für die ihr infolge Wahrnehmung ihrer Interessen entstandenen Unkosten. Außerdem sollte der Staat der armen Kronprinzessin nicht weniger als eine Million zahlen, „weil sie sich im Ausland neu einrichten mußte“. Jetzt aber fordern die hohen Erbinnen der Strelitzer Fürsten auch noch außer einer Auswertung von 5,1 Millionen Goldmark, daß der Staat die Haftung für eine recht wertwürdige Verpflichtung übernehme, die Verpflichtung, früheren Maitressen verstorbenen Großherzöge, der Countessa de Mazzonau und der Gräfin Wubna de Litz, je 20 000 Mark jährliche Pension zu zahlen, letzterer außerdem einen Ehedienst auf eine Million Goldmark einzulösen, den der verstorbene Großherzog ihr von seinem Tode geschenkt hatte. Dabei können doch die Alte der Fürsten, die sie ihren Maitressen gegenüber verpflichteten, schwerlich als Regierungssache angesehen werden.

Die Fürsten kämpfen mit allen Mitteln um ihr sogenanntes Eigentum. Der Fall Everling zeigt, wie strupplos dabei vorgegangen wird. Die deutsche Arbeiterklasse braucht keine unehelichen Methoden anzuwenden. Wenn sie sich nur dessen bewußt ist, daß dieser Kampf alle Kräfte proletarischen Massenwillens erfordert, und wenn alle Kräfte eingesetzt werden, muß der Raubzug der Fürsten scheitern. Mit jedem Tag stellen die Fürsten höhere Forderungen, ihre Fagbier wächst von Stunde zu Stunde. In noch höherem Maße muß die Widerstandskraft der Arbeiterklasse geweckt werden und wachsen. Es muß verhindert werden, daß die Revolution noch gar den Fürsten Gewinn bringt.

#### Das Volk soll entscheiden.

Fürsten, die wie die deutschen Landesherren insgesamt, der eine mehr, der andere weniger, durch ihre Politik der Vorkriegszeit das deutsche Volk in den Weltkrieg stürzten, haben das Recht verliert, daß es ihnen besser geht, als den durch die Kriegsschläge bedrängten Massen des Volkes. Wenn die Fürsten die Auseinandersetzung mit dem deutschen Volke wollen, so muß die Abrechnung vollzogen werden: im Parlament, falls die erforderliche Mehrheit für eine rechtsprechliche Entscheidung zu finden wäre, außerhalb des Parlamentes, wenn sie nur durch Volksabstimmung beschlossen werden kann. Wird der Ruf nach der Volksabstimmung lauter und immer lauter erhoben, wird der Druck der Massen immer härter, dann wird auch das Parlament nachgeben müssen. Wenn aber nicht: dann muß den Fürsten und Fürstentümern zum Ganze aufgegeben, dann muß die Parole sein: Nicht Enteignung des Volkes zugunsten der Fürsten, sondern der Fürsten zugunsten des Volkes!

Kurt Rosenfeld.

#### Regierungsneubildung in Oesterreich.

Der österreichische Ministerrat beschloß am Donnerstag den Gesamtrücktritt der Regierung mit der Begründung, daß die Bundesregierung seinerzeit von der Mehrheit der politischen Parteien des Nationalrates mit der Aufgabe gewählt worden sei, das Genfer Programm durchzuführen. Diese Aufgabe sei erledigt und damit habe die Regierung ihr Programm erfüllt. Die verfassungsmäßige Wahl der neuen Regierung durch den Nationalrat erfolgt bereits heute Freitag. Entsprechend der Zusammenfassung wird auch die neue Regierung aus Christlich-Sozialen, Großdeutschen und vielleicht auch einem Landbündler bestehen, die eine unbedingte Mehrheit haben. Nachfolger Dr. Maistras im Außenministerium wird der bisherige Sektionschef Peter, Finanzminister wird der Bürgermeister von Baden Kallmann. Als Landwirtschaftsminister ist der Tiroler Andreas Thalor in Aussicht genommen. Die übrigen Minister werden voraussichtlich in ihrem Amt bleiben, so vor allem auch der Minister für Seereswesen.

#### Hanns Johst: „Der Einsame“.

Stadttheater.

Nach dem so bedenklichen „Schiller und Fendler“ beglückt es tief, sich wieder an diesen Hanns Johst zu erinnern. Er hat um den deutschen Dichter Christian Dietrich Grabbe (sein Deutscher kennt ihn), der schon in seiner Jugend so viel Rum getrunken hat, daß er frühzeitig daran starb, neue dramatisch durchglühete Szenen geschrieben: voll schmerzhaft echtem Leben, voll sprachlich einfacher Schönheit, voll gedanklicher Tiefe, voll poetisch verklärtem Glanz, voll eckhafter Innenschönheit.

So sicher unter dem Schock stehend aufgeschreckter Bühnenreißer ein knappen Duzend Vorstellungen sich befindet, so sicher steht Hanns Johst in diesem Duzend, an das wir glauben. Trotz... und trotz...



Christian D. Grabbe.  
(Rothar Firmans.)

„Der Einsame“ ist das Mittelstück einer Trilogie der menschlichen Tragödie. Ihre Vorgänger sind „Der junge Mensch“ und „Der König“. Hanns Johst zeigt darin das

#### Pazifistische Schriften gelten als unzüchtig.

Ein neuer Justizskandal in Leipzig.

Vor dem gemeinsamen Schöffengericht in Leipzig hatten sich der Schriftsteller Bruno Vogel und neun andere, darunter der Inhaber des Verlages „Die Wölfe“, Arthur Wolf und der Maler und Graphiker Berlit aus Leipzig, wegen einer 1924 herausgegebenen Antikriegsschrift, „Es lebe der Krieg“, zu verantworten. Die Anklage liegt in der Schrift die Strafbarkeit wegen Unzüchtigkeit gegeben. Der Angeklagte Vogel legte eine große Anzahl Gutachten vor, u. a. von Fritz von Unruh, Thomas Mann, Berlit, Käthe Kollwitz und von dem Sozialwissenschaftlichen Institut, Berlin, daß die Broschüre rein pazifistischen Inhalts sei ohne einen unzüchtigen Charakter zu tragen. Trotzdem kam das Gericht zur Verurteilung. Das Urteil lautete gegen Vogel auf 50 Mark Geldstrafe, gegen Wolf auf 1000 Mark Geldstrafe, gegen Berlit auf 160 Mark Geldstrafe und gegen den Verleger Bauerhoff auf 100 Mark Geldstrafe. Die übrigen sechs Angeklagten wurden freigesprochen. Schriften, die für den Krieg wirken, stehen selbstverständlich nicht unter Strafe. Nur wer die Gemeinheiten des Krieges schildert, ist ein unzüchtiger Kerl. Das ist echt deutschnationale Justiz-Logik!

#### Schweden und Dänemark garantieren den Frieden.

Zwischen dem dänischen Vandalen in Stockholm und dem schwedischen Ankerminister Nuden ist am Donnerstag in Stockholm ein schwedisch-dänischer Schiedsvertrag unterzeichnet worden. Der Vertrag will jede Anwendung von Gewalt und den Krieg zwischen den beiden Ländern ausschalten.

Alle Streitigkeiten, juristische wie politische, sind durch Verhandlung oder Rechtspruch beizulegen. Juristische Streitigkeiten müssen direkt dem haauger Gerichtshof übergeben werden, dessen Entscheidung unbedingte gilt. Politische Streitigkeiten sind einer Schiedskommission zu übergeben, deren Vorsitzender ein Schweizer ist. Endgültig entscheidet auch in politischen Streitigkeiten der haauger Gerichtshof, wenn die Schiedskommission sich nicht einigt.

Der Vertrag tritt nach Ratifikation in Kraft und hat für 20 Jahre Geltung. Er läuft automatisch weiter, wenn er nicht zwei Jahre vor Ablauf gekündigt wird. Im dänischen Außenministerium wurde dem Vertreter des „Soz. Presse-Bundes“ dieser Vertragsabschluss als ein entscheidender Sieg des Rechts- und Friedensgedankens bezeichnet und als ein wichtiger Fortschritt in der zwischenstaatlichen Rechtsentwicklung.

#### Horthy-Justiz.

Majestätsbeleidigung gegen Horthy. — Genosse Peyer seines Mandats verlustig erklärt.

Der Budapest Gerichtshof verurteilte den sozialdemokratischen Abgeordneten Karl Peyer wegen Beleidigung des Reichsverwesers zu sechs Monaten Gefängnis, zehn Millionen Kronen Geldstrafe, drei Jahren Amtsverlust und Suspendierung seiner politischen Rechte. Dem Verurteilten wurde zur Last gelegt, er habe bei einem politischen Abendessen die Regierung des Reichsverwesers als „Verräter“ bezeichnet, die der Reichspartei anhängen, darunter auch Bombenattentäter, durch Gewährung von Amnestie, Straflosigkeit geschützt. Peyer legte Berufung ein.

#### Dänische Maßnahmen gegen Deutschland?

Am Freitag tritt der dänische Reichstag zu einer vertraulichen Sitzung zusammen, in der auf Antrag der Landpartei die Regierung Auskunft geben soll über die Wirkung des neuen deutschen Zollgesetzes auf den dänischen Handel mit Deutschland. Sie soll weiter erklären, welche Schritte sie unternommen hat oder zu unternehmen gedenkt, um die hemmenden Wirkungen des deutschen Zollgesetzes auf die dänische landwirtschaftliche Ausfuhr zu unterbinden.

#### Die Verfolgungen in der Sememordache.

Nach einer Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten in der Sememordache wurden zwei der Täter bzw. Mithäter dringend verdächtige Personen festgestellt, der ehemalige Leutnant Fennig v. Peyer und der ehemalige Oberfeldwebel Hermann Köh. Peyer wird dem Vernehmungs-

richter vorgeführt, der Haftbefehl gegen ihn erlassen hat. Eine ganze Anzahl derjenigen Personen, die als Zeugen zu den Verurteilten vorgebracht wurden, hat sich bereits gemeldet.

#### Niederlage der Regierung Briand.

Die Verdrängung der Umsatzsteuer abgelehnt.

Die Finanzkommission der französischen Kammer hat am Donnerstag die von Doumer beantragte Verdoppelung der Umsatzsteuer in der Form eines Zahlungsstempels, die das Abschluß der Regierungsvorlage bis heute, mit 21 gegen 5 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt.

Darauf begaben sich der Vorsitzende und der Generalsekretär Briand zum Ministerpräsidenten Briand, um ihn von dem Abstimmungsergebnis in Kenntnis zu setzen. Briand erklärte, daß der Finanzaußenminister möglichst rasch einen Bericht für die Kammer vorlegen müsse.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung des Finanzausschusses kam es zu einem Zwischenfall. Der Abgeordnete Darlac teilte mit, daß er und seine Kollegen nicht weiter an den Beratungen teilnehmen würden, daß nach ihrer Meinung eine öffentliche Besprechung in der Kammer sobald wie möglich erfolgen müsse. Der Antrag des Abg. Lum, dem Wünsche der Regierung entsprechend, die Arbeiten zu unterbrechen und der Kammer einen Bericht vorzulegen, wurde angenommen. Demnach wird der Generalsekretär morgen in der Kammer den Bericht einbringen, so daß am Sonntag die Finanzdebatte in öffentlicher Sitzung beginnen dürfte.

#### Sollingen geräumt.

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Sollingen, daß die englischen Besatzungstruppen gestern vormittag kurz nach 11 Uhr mit der Bahn über 2 Hgls nach Köln abtransportiert worden sind. Die Familienangehörigen folgten mit einem späteren Zuge. Gestern Abend ist der Rest der Besatzung abgerückt.

Der Fall Dr. Strahl-Sauer wurde gestern vom Auswärtigen Ausschuss des Reichstags erörtert. Der deutsche Gesandte Dr. Strahl-Sauer ist bekanntlich in Afghanistan festgenommen worden, weil er einen Eingeborenen nach deutscher Auffassung in der Notwehr erschossen hatte. Afghanistan kennt jedoch nur die Tötung als Mord. Außenminister Dr. Stresemann betonte, daß das Auswärtige Amt es als seine Pflicht betrachte, unter allen Umständen das Leben des Verurteilten zu sichern.

Holzmann flüchtig? Die Blätter melden aus Dresden, daß der russische Kaufmann Michael Holzmann, der dem Gericht zwangsweise vorgeführt werden soll, sich nicht mehr in dem Sanatorium Lechwitz bei Dresden befindet, wo er sich während der letzten Monate aufhalten hat. Er hat das Sanatorium am 5. Januar verlassen, ohne ein Reiseziel anzugeben. Es wird angenommen, daß er die Flucht ergriffen hat, um sich dem Prozeß zu entziehen.

Amerika und der Weltgerichtshof. Im amerikanischen Senat prüft Senator Borah wiederum heftig den Vorschlag an, dem Weltgerichtshof beizutreten. Dies würde nach seiner Meinung die Vereinigten Staaten in die politischen Angelegenheiten Europas hineinziehen.

Erleiden des Bewußt. Das Observatorium auf dem Weind teilt mit, daß die Tätigkeit des Bewußt beendet ist. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ sind die Meldungen über Menichowski vollkommen unbegründet.

Italienische Schiffe vermisst. In der Nacht vom 12. zum 13. Januar wurde die Fischflotte von Biareggio San Benedetto, die aus ungefähr 30 Seglern besteht, auf hoher See von einem Unwetter überfallen. Da sechs Fahrzeuge mit 30 Mann Besatzung nicht zurückkehrten, wurden Rettungsboote ausgesandt. Vier Schiffe wurden aufgefunden, zwei werden noch vermisst. — Die italienische Brig „Veglia“ ist an der französischen Küste gesichtet und wurde vernichtet, die Mannschaften konnten gerettet werden.

Neue Unruhen in Mexiko? Nach einer Meldung der „Times“ aus New York heißt es: Nach bisher unbefestigten Berichten aus Fins im Staate Zacatecas in Mexiko seien dort neue Unruhen ausgebrochen. Eine bewaffnete Gruppe habe die Stadt verlassen und offene Rebellion gegen die Bundesregierung erklärt. Die Bundesstruppen hätten die Bande verfolgt, auseinandergeprengt und die Führer auf der Stelle erschossen.

Nein, das ist nicht geschickte Theatermaske, sondern der Urquell echter Dichtung, der stark raucht, verdeckt durch Vordergrundgeräusche, aber doch schließlich noch allein vernnehmbar wird. Da ist nichts erschrieben, erkünstelt, sondern das strömt aus einem gültigen, verlebten Herzen voll und warm.

Dr. Gruhendorf gab eine ausgezeichnete Aufführung. Betonte wirksam in der szenischen Anordnung das Einsame. Er vermied allzu frasse Betonung des Naturalistischen und hob damit die „Dichtung“ sichtbar heraus. In rechter Erkenntnis der seelischen Vorgänge hielt er auf Stille. Fernst vom rein äußeren Vorgang; gab Innenregie.

Rothar Firmans ist der Einsame. Er hat für den unglücklichen Grabbe durchaus die Flamme, aber sie zu voller Helle zu bringen, hindert ihn oft noch recht mangelhafte Sprechtechnik. Hier wird der hochbegabte Künstler noch sehr an sich arbeiten müssen; in der Einkleidung hat er schon einen Schritt weiter gemacht. Aber sein Kopf ist der Grabbes; mit oft verblüffender Ähnlichkeit, und auch die Körpermaße dürften stimmen. Am härtesten ist Firmans da, wo er seinen Intellekt zuruckdrängt, und ruhig, schlicht und klar Mensch unter Menschen bleibt: die Szene mit der Mutter, mit dem Gerichtsdienster, mit dem



hintergegangenen Freunde Hans, mit dem verlumpte Kaufmann Waldmüller. Da ist er der Riesenaufgabe gewachsen; da findet er Blaise, Götter, Töne die auf eine Zeit hinausdeuten, die diesem Rothar Firmans noch vorbehalten ist für starke Erhellungen. Willibald Emswoski.



## Danziger Nachrichten

### Polnische Presseangriffe gegen Danzig.

Unwahre Verdächtigungen über ein Komplott mit Deutschland.

Polnischen Blättermeldungen zufolge hat das Wirtschafts-Komitee des polnischen Ministerrats am Dienstag den Vorschlag des Ministerrats, die weitere Ausfuhr von Waren zu verbieten, behandelt und es wurde festgestellt, daß ein solches Verbot gegen das 1920 in Paris abgeschlossene Danzig-Polnische Abkommen verstoße. Das Komitee habe deshalb beschlossen, einen Ausfuhrstopp in Höhe von 15 Millionen pro 100 Tausend anzuordnen.

Die polnischen Zeitungen erheben großen Lärm darüber, daß eine Störung notwendiger polnischer Verordnungen bilde. Polen habe aber bereits früher verschiedene Ausfuhrverbote erlassen, ohne daß Danzig dagegen Widerspruch erhoben habe. Wenn es Danzig jetzt tue, so sei dies auf Verlangen Deutschlands geschieden, welches dadurch auf Polen einen Druck ausüben wolle.

Diese unflätige Behauptung bestätigt wieder einmal, welcher Mittel sich die polnische Presse bedient, um gegen Danzig zu hetzen. Weder hat der Danziger Senat gegen das erwähnte Ausfuhrverbot Widerspruch erhoben, noch verstoßt dieses Verbot gegen irgendein polnisches Abkommen mit Danzig. Nach Artikel 87 des Pariser Abkommens von 1920 und Artikel 224 des Warschauer Abkommens von 1921 wäre nur ein Getreideausfuhrverbot nach Danzig unzulässig.

Wahrscheinlich hat das Wirtschafts-Komitee bei der Erörterung des beschriebenen Verbots in Erwägung gezogen, daß, da die Getreideausfuhr nach Danzig nicht verboten werden kann, die Gefahr bestehe, daß es von Danzig aus nach dem Auslande geschmuggelt werden könne. Deshalb zog es vor, einen Ausfuhrstopp zu beschließen. Der polnischen Presse empfehlen wir, sich erst einmal genauer bei den zuständigen Stellen zu erkundigen, bevor sie auf Danzig schimpfen.

### Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze.

Der soziale Ausschuss befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit dem kommunistischen Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze um 50 Prozent. Nach den Angaben des Senatsvertreters würde dieser Antrag bei dem jetzigen Stande der gewährten Unterstützung berechnet eine Mehrausgabe von jährlich 6 Millionen Gulden erfordern, was bei der Finanzlage des Staates unmöglich sei. In der Diskussion wurde auch Auskunft vom Senatsvertreter darüber verlangt, in welcher Zahl noch ausländische Arbeitnehmer in Danzig vorhanden wären. Nach Ansicht des Senatsvertreters sind in der Landwirtschaft fast gar keine ausländischen Saisonarbeiter zur Zeit im Gebiet der Freien Stadt Danzig beschäftigt. In gewerblichen Betrieben würden zur Zeit etwa 1800 Reichsdeutsche und 1400 polnische Staatsangehörige beschäftigt. Nach diesen Zahlen würde ein ganz erheblicher Rückgang der im Gebiet der Freien Stadt Danzig beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer eintreten. Vor etwa drei Monaten wurden noch gegen 9000 ausländische Arbeitnehmer im Gebiet der Freien Stadt Danzig beschäftigt. Ferner wurde auf verschiedene Beschwerden hingewiesen. Der Senatsvertreter erklärte, daß sämtliche Fälle, welche dem Senat mit Unterlagen mitgeteilt werden, auch geprüft und bestehende Mißstände auch beseitigt werden. Von sozialdemokratischer Seite aus wurde erklärt, daß die Beschwerden über die Ausübung der Erwerbslosenunterstützung auf dem Lande sehr zahlreich seien. Während diese Mißstände zunächst im Kreise Grobeser Werder auftraten, seien sie jetzt im Kreise Danziger Niederung vorhanden. Die sozialdemokratische Partei habe diese Fälle registriert und es haben beim Senat unter Hinzuziehung der verantwortlichen Personen Berechnungen stattgefunden, von denen zu erhoffen ist, daß die Beseitigung dieser Mißstände damit erreicht wird.

### Dürfen Arbeitslose arbeiten?

Diese Frage kam vor dem Schöffengericht zur Klärung. Ein arbeitsloser verheirateter Handlingsgehilfe in Danzig bezog Arbeitslosenunterstützung, die nicht ausreichte, um die Familie zu ernähren. Er geriet in Not und übernahm nun für einen Versicherungsverein die Gewinnung von Mitgliedern. Dabei verdiente er monatlich noch nicht 20 Gulden. Der Arbeitslose und der Verein meinten nun, diese Arbeit mit diesem geringen Verdienst nähmen ihm nicht die Eigenart eines Arbeitslosen und er sei deshalb auch nicht verpflichtet, diese Beschäftigung beim Arbeitsamt anzumelden.

Er machte nun aber Anzeige gegen einen anderen Arbeitslosen, der gleichfalls eine Nebenbeschäftigung übernommen hatte, dabei aber mehr verdiente. Hierdurch kam auch seine Nebenbeschäftigung beim Arbeitsamt zur Kenntnis und es wurde gegen ihn Anzeige erstattet. Er hatte sich nun vor dem Schöffengericht zu verantworten.

Der Vertreter des Arbeitsamts befandete, daß der Arbeitslose der Unterstützung bedürftig, verpflichtet sei, jede Nebenbeschäftigung beim Arbeitsamt zu melden. Es soll damit aber nicht etwa unterbunden werden, daß Arbeitslose solche Nebenbeschäftigungen suchen und ausüben. Es werde ihnen deshalb nicht etwa der Betrag des Verdienstes in voller Höhe von der Arbeitslosenunterstützung abgezogen. In diesem Falle würden die Arbeitslosen ja geradezu darauf hingewiesen werden, nicht zu arbeiten, sondern jeder Arbeitslosenunterstützung aus dem Wege zu gehen. Man wüßte vielmehr von ihnen das Gegenteil. Aus diesem Grunde verlange man die Arbeitsanmeldung zur Nebenbeschäftigung. Aber von der Unterstützung werde je nach der Höhe des Nebenverdienstes nichts oder nur ganz wenig in Abzug gebracht. Den Arbeitslosen bleibt also der Anreiz, auch kleine Nebenbeschäftigungen zu suchen und auszuführen. Das Hauptvergehen des Angeklagten bestand in diesem Falle auch nur darin, daß er keine Meldung gemacht hatte. Von einer Schädigung der Unterhaltungsstätte kann kaum die Rede sein. Das Gericht hielt 15 Gulden Geldstrafe für angemessen.

### Ein Jugendkugelfej.

Die kommunistische Partei hatte einen Antrag im Volkstag eingebracht, nach dem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die Kontrolle aller Betriebe auf Einhaltung der Jugendkugelfeststellungen usw. gesetzlich geregelt werden sollte. Es ist eine alte Forderung der Sozialdemokratischen Partei die schon in der ersten Tagungsperiode des Volkstages vertreten wurde, daß endlich ein Lehrlingsausbildungsgesetz geschaffen wird, in welchem alle Fragen des Arbeitsrechtes der Lehrlinge enthalten sind. Obwohl bereits früher diese Forderung erhoben wurde, hat der alte Senat

in dieser Beziehung versagt. Der Soziale Ausschuss, der sich mit dem kommunistischen Antrag befaßte, nahm eine Entschließung der Koalitionsparteien an, den Senat zu ersuchen, baldigst den Entwurf eines Lehrlingsausbildungsgesetzes dem Volkstage vorzulegen. Da die Koalitionsparteien sich bereits eingehend mit dieser Frage befaßt haben, dürfte die baldige Vorlage eines solchen Gesetzes nunmehr zu erwarten sein. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, in welcher der Gewerbeinspektion einige Personen aus den Kreisen der Arbeitnehmer beigegeben werden sollen zur Prüfung der Unfallverhütungsmassnahmen, um auf diese Weise die Unfallgefahr zu verhindern. Nach den bisherigen Bestimmungen sind nur einzelne Beamte mit der Kontrolle der Betriebe über die Unfallverhütungsmassnahmen beauftragt. Durch die Hinzuziehung von Arbeitnehmern sollen die Interessen der Arbeitnehmer besser vertreten werden.

### Die Aufrechterhaltung des Stadttheaters.

Der Etat über die uneingeschränkte Weiterführung.

Der Stadtbürgerhaushalt sind die ersten Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1926 zugegangen. Unter diesen steht im Vordergrund des Interesses der Haushaltsplan für Kunst und Wissenschaft. Er verzeichnet eine Gesamteinnahme von 1 050 720 Gulden und eine Gesamtausgabe von 1 855 400 Gulden, macht also einen Gesamtzußuß von 804 680 Gulden erforderlich. Das bedeutet einen Mehrgeldzußuß von 377 680 Gulden gegenüber dem des Rechnungsjahres 1925, da im Jahre 1925 die Gesamtausgaben die des vorigen Jahres um 264 180 Gulden überstiegen, während die Gesamteinnahmen um 113 450 Gulden zurückblieben.

Der Verlust an Einnahmen ist besonders dadurch hervorgerufen, daß infolge geringen Besuches des Stadttheaters mit einem Ausfall von 300 000 Gulden an Einnahmen gerechnet wird. Ob dieser verhältnismäßig hohe Ausfall an Einnahmen beim Stadttheater, mit dessen Fragen wir uns bereits mehrfach beschäftigt haben, tatsächlich in Frage kommt, wird allerdings abzuwarten sein. Es ist vielmehr zu hoffen, daß durch geeignete Sparmassnahmen, vor allem aber durch die von sachverständiger Seite lebhaft befürwortete und geforderte Umstellung des Spielplans der Ausfall um ein Erhebliches verringert werden kann.

Es ist nun zu begreifen, daß der Senat, wie aus dem Etat zu schließen ist, trotz der schlechten Kassensituation des Stadttheaters im vollen Umfange auch für die künftige Spielzeit weiterarbeiten lassen will. Der Voranschlag für die Einnahmen des Stadttheaters für 1926 beträgt 1 280 000 Gulden, das bedeutet gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 172 000 Gulden. Die Haupteinnahmequellen bilden die Tageseintrittsarten mit 735 000 und die Dauerarten mit 205 000 Gulden. Als Ausgaben sind 1 593 700 Gulden in den Etat gelegt, das ist gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 240 900 Gulden. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus 1 346 747 Gulden an persönlichen, 232 153 Gulden an sächlichen und 7800 Gulden an sogenannten vernünftigen Ausgaben, hinzu kommen 7000 Gulden für den Außenantrieb des Theatergebäudes als einmalige Ausgabe. Unter den persönlichen Ausgaben sind als höchste die Gagen mit 1 100 000 Gulden zu verzeichnen. Bei den sächlichen Ausgaben bilden den Hauptbestandteil die Anschaffungen von Ausstattungsgeschäften und ihre Ergänzung und Unterhaltung. Hierfür sind 60 000 Gulden in den Etat eingelegt. Hervorzuheben ist ferner die Ausgabe von 5000 Gulden für die Erneuerung der Bühnenbibliothek. Dennoch ist für das Stadttheater ein Zußuß von 313 000 Gulden erforderlich. Hinzuzurechnen sind jedoch noch, wie bereits erwähnt, 500 000 Gulden Mindereinnahmen infolge geringen Besuches des Stadttheaters.

Der Haushaltsplan für Kunst und Wissenschaft enthält ferner die Etats des Stadtmuseums, des Lphagenhauses und der Stadtbibliothek. Der Etat des Stadtmuseums stellt eine Summe von 32 050 Gulden als Einnahme, 92 200 Gulden als Ausgabe vor und erfordert demnach einen Zußuß von 59 520 Gulden. Für den Ankauf von Gemälden und Bildwerken sind nur 11 250 Gulden in den Etat eingelegt, das sind 3750 Gulden weniger als im Vorjahre. Die schlechte Wirtschaftslage läßt leider eine höhere Summe für diese für das künftige Leben Danzigs wichtige Ausgabe nicht zu. Die Erhaltung des Lphagenhauses erfordert einen Zußuß von 3570 Gulden, da die Ausgaben 13 220 Gulden betragen.

Die Stadtbibliothek schließt mit einem Zußuß von 147 870 Gulden ab. Die Einnahmen betragen 8 390, die Ausgaben 156 260 Gulden. Unter den Ausgaben betragen die für den Ankauf und die Unterhaltung an Büchern 24 000 Gulden. Die Ausgaben für die Volksbibliothek I (Zafobstori), betragen 26 827 Gulden, für die Volksbibliothek II (Aukstori), 13 054 Gulden, für die Volksbibliothek III (Zafobstori), 7 447 Gulden. Es ist bedauerlich, daß die allgemeine wirtschaftliche Not auch die Anschaffungen für Stadtbibliothek und Volksbibliotheken nur in einem verhältnismäßig geringen Umfange zuläßt.

### Die Jahresarbeit der Kriminalpolizei.

Im Laufe des Jahres 1925 hat die staatliche Kriminalpolizei 23 389 Strafanzeigen bearbeitet. Hierunter betrafen 5723 Eigentumsverbrechen und Vergehen, 2275 Betrug. In 69 Fällen bezog sich die Tätigkeit der Kriminalpolizei auf Verbrechen des Mordes, Totschlags, der Körperverletzung mit darauf folgendem Tode, in weiteren 152 Fällen auf Selbstmord und Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang. Ferner kamen zur Behandlung Raub, Erpressung, Brandstiftung bzw. Versicherungsbetrug. Von den 231 zur Anzeige gelangten Fällen gelang es in 175 Fällen Klärung herbeizuführen und zum großen Teil die Täter zu ermitteln. In einigen Fällen handelt es sich um Fahrlässigkeit, in den meisten Fällen jedoch lag Verleumdung vor.

Bei den 23 389 Anzeigen gelang es in 20 984 Fällen die Täter zu ermitteln, 61 628 Vernehmungen waren dazu notwendig. 4390 Personen wurden vorläufig festgenommen, 160 Personen verhaftet. Von den ermittelten Tätern befaßen 16 794 Personen die Danziger Staatsangehörigkeit, 4190 waren Ausländer.

304 photographische Latentbildaufnahmen und 2035 photographische Personenaufnahmen wurden gemacht, nach denen 17 491 Lichtbildabzüge gefertigt wurden. Das Fingerringdruckverfahren wurde bei 3207 Personen angewandt.

Durch Einsichtnahme in das Verbrechenalbum wurden 61 Personen als Täter wiedererkannt.

Störung des Straßenbahnverkehrs in der Laugasse. Gestern nachmittag gab es in der Laugasse vor dem Hause Nathan Sternfeld eine Störung des Straßenbahnverkehrs. Hier war ein unterirdisches Rohr der Wasserleitung geplatzt, so daß das Straßenpflaster aufgerissen werden mußte. Leider befand sich die schadhafte Stelle gerade unter den Schienen der Straßenbahn, so daß der Verkehr nur durch Umleiten aufrecht erhalten werden konnte. Die Verkehrsstörung fiel bedauerlicherweise in die Hauptgeschäftszeit und dauerte bis in die späten Abendstunden an.

### Eisbericht vom 15. Januar 1926.

Von der ehem. Landesgrenze bis zur Röhre Eisbrecher in ganzer Strombreite, Eisabtrieb in See gut. Eisbrecher „Opa“ und „Montau“, liegen in Schiewenfort, die übrigen Eisbrecher in Einfahrt.

### Gerichtssaal-Mosaik.

Laß nicht nach, so kommst du hoch.

Ein neues Mittel, unbesetzte Mieter aus ihrer Wohnung zu jagen, hat der Hausbesitzer M. erdacht. Er ließ auf einem Grundstück einen Schornstein und ein Stück des Daches abtragen und rechteckig dieses damit, daß er von der Baupolizei eine Abbruchgenehmigung für einen Ofen beist. Wegen eines Strafbefehls von 20 Gulden legte er Berufung ein. Schornstein und Dachpfannen sind „von alleine“ vernichtet und wenn der Mieter Regen und Sturm um die Ohren pfeife, so ist das die Tüte des Schicksals. Leider gelang es ihm nicht, die Berufungsinstanz von seiner Schuldlosigkeit zu überzeugen. Auf den Beschluß des Gerichts, die Berufung sei verworfen, äußerte der Angeklagte, so leid es ihm tue, dann müße eben das Obergericht entscheiden. — Armer Hausbesitzer, wo führt das auch hin, wenn du nicht einmal dein eigenes Hausdach abdecken darfst!

„Ich bin kein Redner, wie es Brutus ist, nur, wie ihr alle wißt, ein schlichter Mann.“

Angeklagt nach § 181a (Zufälligkeit). Der Mann soll in den Jahren 1921 und 1925 aus dem unflätigen Erwerb der Zeugin seinen Unterhalt bestritten haben. Einmal sagte er ferner gemeldet und höflich: „Du K., wenn du nach Hause kommst, spalte ich dir den Schädel, wenn nichts zu essen da ist.“ Die Zeugin, damals eine geschiedene Frau, zeigte den Angeklagten an. Er hat sie aber im Dezember v. J. geheiratet, und so hätte man diese Verhandlung gern aus der Welt geschafft. Die Frau verweigert die Aussage. Der Mann sagt kurz und bündig: „Wenn ich verurteilt werde, dann darf niemand mehr heiraten. Kann denn ein Bräutigam nicht einmal eine Tasse Kaffee bei seiner Braut trinken?“ — Man kam zu einem Freispruch, und so darf weiter geheiratet werden.

### Besser zur Unzeit, als gar nicht.

Mutter und Tochter B. sollen der Zeugin Frau G. Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von mehreren hundert Gulden entwendet haben. Die Tochter, eben 16 Jahre alt, war Aufwärterin bei der Frau G., die Mutter vertrat die Tochter, als diese erkrankte. Die Mutter ist wegen Diebstahls vorbeurteilt. Einfacher Fallbestand, ein Fall unter unzähligen.

„Aber — die Mutter schimpft, wenn ich Unrecht hier leiden soll.“ Der Richter vermahnt die Angeklagte, die Frau aber und schimpft, der Richter droht mit Ordnungsstrafe, die Frau schimpft und redet, der Richter brüllt sie an, die Frau redet und schimpft, der Gerichtsdienstler will sie mit sanfter Gewalt abführen, eine halbe Minute Ruhe, die Frau schimpft und redet wieder. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück, die Frau redet und schimpft, der Staatsanwalt bittet um Ruhe, die Frau schimpft und redet, der Staatsanwalt wird energischer, die Frau redet und schimpft. Allgemeine Heiterkeit im Gerichtssaal — die Frau schimpft und redet. Der Urteilspruch fällt — 1 Woche die Tochter, die Mutter 1 Monat Gefängnis, Strafaussetzung auf 2 Jahre, wenn 50 Gulden bezahlt werden. Die Frau redet nicht mehr, sie schimpft bloß noch. Der Richter: „Die Sache ist zu Ende.“ Die Frau schimpft! Mit sanfter Gewalt führen der Cheinmann und der Gerichtsdienstler die Frau aus dem Saal. Sie schimpft und feist jetzt, die nächste Verhandlung ist schon im Gange, man hört die Frau draußen schimpfen — sie schimpft sicher jetzt noch! Ricardo.

### Unter Wetterbericht.

Veröffentlichung des Observatoriums der Freien Stadt Danzig. Freitag, den 15. Januar 1926.

Allgemeine Ueberlicht: Flachere Depressionen und Minimum liegen heute früh über Westeuropa. Die Witterung ist daher meist trübe, vielfach sind weitere, aber geringe Schneemengen niedergegangen. Ausgedehntere Schneefälle traten besonders über den britischen Inseln auf. Hoher Druck lagert noch über Mitteleuropa und den Dniepurländern. Im Grenzgebiet zwischen hohem und niederem Druck sind in der mittleren Dniep trübe bis stetige frische, weisse stürmische östliche Winde vorübergehend. Die Kälteeinflüsse über Nordrussland haben aufgehört und über ganz Mitteleuropa ist eine geringe Temperatursteigerung eingetreten.

Vorherfrage: Bewölkt, dieig, Neigung zu leichten Graupeln oder Schneeschauern, frische bis heisse östliche Winde. Temperatur unverändert. Folgende Tage unbedeutend. Maximum: -1.9; Minimum: -3.0.

Polizeibericht vom 15. Januar 1926. Festgenommen wurden 22 Personen, darunter 1 wegen Verdachts des Meineides, 1 wegen versuchter Notzucht, 4 wegen Einbruchdiebstahls, 1 wegen Beihilfe zum Diebstahl, 1 wegen Schererei, 2 wegen Unterschlagung, 1 wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung, 1 wegen Widerstands und Befeldigung, 1 wegen Herstellung und Verbreitung unfittlicher Gegenstände, 2 auf Grund eines Haftbefehls, 7 in Polizeihast.

### Danziger Standesamt vom 15. Januar.

Todesfälle: Aufwärterin Frieda Raschewski, 17 J. — Mollereigehilfe Kurt Strunk, 18 J. 5 M. — Restaurateur Friedrich Fischer, 61 J. 1 M. — Ehefrau Helene Lange geb. Garwer, 48 J. 11 M. — Ehefrau Rosa Martin geb. Adler, 33 J. — Tochter des Arbeiters Heinrich Wohler, 1 J. — Armengeheimfängerin Emilie Boelke, 80 J. 2 M.



**Filmpalast**  
LANGFUHR  
Markt Ecke Bahnhofstr.

Heute bis Montag

Das Programm, das Sie sehen müssen!

2 deutsche Großfilme, die wieder Tagesgespräch werden

## Der Mann, der sich verkauft

Vivian Gibson - Helga Molander - Olaf Fjord  
Bruno Kastner - Hans Mierendorf - Erich Kaiser-Titz  
Nach dem Roman der „Danziger Neuesten Nachrichten“  
Dazu die einzig schöne Lustspielkanone

## Die Frau für 24 Stunden

Lotte Neumann — Harry Liedtke

Ein reizendes Erlebnis aus Wien und Berlin. — Dieser Film wird sicher ebenso gefallen wie „Liebe und Trompetenblasen“

Vorzugskarten zur 4-Uhr-Vorstellung  
Beginn: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr 20.00

Kunstschichtspiele. Sonntag 3 Uhr: Jugendvorstellung



## Ein Riesenschwindel in Frankfurt a. M.

Der „Beauftragte“ der englischen Besatzungsbehörde.

Ein Abenteuerer namens Rurik Tester aus Frankfurt a. M., dessen Vergangenheit noch nicht ganz geklärt ist, hat es verstanden, sich den Anschein zu geben, als hätte er gute Beziehungen zu gewissen Stellen der englischen Besatzungsbehörde, und zwar soweit, daß er auch als Beauftragter dieser Behörde auftreten konnte. Er gründete eine angebliche Gold- und Silberschmelze in der Besatzungszone einlaufende und begann unter dieser Firma eine Reihe Frankfurter und auswärtiger Großfirmen für ungewöhnlich hohe und bar zu bezahlende Lieferungen zu interessieren. Wochenlang fanden in den ersten Frankfurter Hotels Konferenzen statt. Fachverbände und Syndikate wurden herangezogen, eine Brauerei sollte gekauft und als Hauptproviandlager umgebaut, 400 Wohnzimmer eingerichtet, 60 Lastkraftwagen und vieles andere Gut für die Besatzungsbehörde geliefert werden.

Der große Schwindel, der geplant war, nämlich eine Burschenschaftsübergabe von 32 Millionen Mark zu erwirken, scheiterte im letzten Augenblick, da einzelne Firmen, allerdings reichlich spät, Verdacht geschöpft hatten. Dem Hauptkapitel sind aber als Vorläufer, die er für Provisionen von einzelnen Firmen erhalten hatte, mehrere hunderttausend Mark in die Hände gefallen. Der Gauner fuhr plötzlich, nachdem er mit den Leuten, die liefern wollten, noch vormittags verhandelt hatte, nach Köln, um, wie er sagte, die Lieferungen fertig zu machen. Von Köln aus telegraphierte er, als er Wind bekam, daß man wegen seiner Person Verdacht schöpfe, an einzelne dieser Leute, er sei verhaftet worden, und konnte nun in Ruhe mit einem Koffer über die belgische Grenze und von da über Paris an die Riviera flüchten. Ein Rheinischer Fischer aus dem Rhein einige große Pakete Waffen und Dokumente über die Verkaufsabschlüsse, die er an die betreffenden Firmen in Frankfurt weiterleitete.

## Zugzusammenstoß in Oberösterreich.

Zwei Personen schwer verletzt.

Auf dem Bahnhof Lissau in Oberösterreich, an der Strecke Annaberg und Vöslau, ereignete sich in der Nacht vom Montag zum Dienstag zwischen 12 und 1 Uhr ein Eisenbahnunfall, bei dem großer Materialschaden zu beklagen ist. Die Strecke steht unter polnischer Eisenbahndirektion. Nach deren Angabe hatten sich von einem Güterzuge zwischen den Stationen Lissau und Groß-Görschlag 35 Wagen gelöst und waren mit voller Gewalt auf einen in der Station Lissau stehenden Personenzug aufgefahren. Reisende sind in der Personenzug nicht zu Schaden gekommen, da der Zug rechtzeitig geräumt worden war. Zwei polnische Eisenbahnschaffner sind in den gelösten Wagen des Güterzuges schwer verletzt worden. Der Schauplatz bildet ein wüdes Trümmerfeld.

## Das Schicksal der im finnischen Meerbusen eingeschlossenen Schiffe.

Russische Eisbrecher konnten am Mittwoch von 20 im finnischen Meerbusen eingeschlossenen Schiffen 15 abschleppen, die übrigen fünf mußten zurückbleiben. Die Küstenpistole in Kiel fing Dienstag nachmittag eine Hundstunde des vom Eis eingeschlossenen Frachtdampfers „Laura Kunstmann“ auf, in der es u. a. heißt: Vorhandene Lebensmittel reichen nur noch vier Tage. Wir sind bis jetzt noch von keinem Flugzeug aufgesucht worden. Erbitten dringend schnellste Hilfe. Laura Kunstmann. Die Hundstunde war für Kronstadt bestimmt und man nimmt an, daß dem bladierten Schiff im Laufe des gestrigen Tages Hilfe gebracht wird.

## Graf Andraß verhaftet.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung.

Nach einer Meldung aus Berlin ist in Gafsa (Tschad-Sowafel) der Großgrundbesitzer Emmerich Graf Andraß unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet worden. Der Graf wird beschuldigt, im Jahre 1924 in seinem Schloss in Beselet Feuer angelegt zu haben. Mit dem Grafen wurde auch sein Diener Michael Gafinso verhaftet. Die Abendblätter behaupten, die Brandstiftung auf dem Gute Beselet im Jahre 1924, wegen der in Dammona (Karpäthen) Graf Emmerich Andraß verhaftet wurde, sei erfolgt, weil der Graf die auf dem Gute untergebrachte tschechische Garnison loszuwerden wünschte. Der Diener

Michael Gafinso habe auf Veranlassung des Grafen den Brand gelegt. Der Verhaftete ist in das Marienauer Strafgefängnis eingeliefert worden.

## Das milde Wetter in Europa.

Der Gipfelpunkt der gegenwärtigen Kälteperiode ist überschritten. In Groß-Berlin wurden Donnerstag morgen 11 Grad unter Null gemessen, gegen Abend ist das Thermometer stark gefallen. Man führt dies auf das Vordringen eines Tiefdruckgebietes zurück, das über Südfrankreich und Italien zu uns vordringt. In Rom war Mittwoch noch 1 Grad Kälte zu verzeichnen, Donnerstag vormittag meldet die dortige Wetterstation 14 Grad Wärme. Ebenfalls Temperaturumschläge sind in Südfrankreich, dort, wo das Tiefdruckgebiet bereits vorgedrungen ist, zu verzeichnen. Leichte Schneefälle dürften noch über Berlin zu erwarten sein.

## Die Grubenkatastrophe von Oklahoma.

65 Leichen geborgen.

Ueber das Explosionsunglück in der Grube der Dequan-McConell-Bergwerksgesellschaft, über das gestern berichtet wurde, wird mitgeteilt, daß in der Grube 105 Bergleute lebendig begraben wurden. Mittwoch nachmittag gelang es den Rettungsmannschaften, acht von den durch die Explosion verunglückten Bergleuten zu retten. Alle acht sind Regret. Später gelang es den Rettungsmannschaften, 65 Todesopfer zu bergen.

## Um den Ertrag für „Shenandoah“.

Der Marineminister Wilbur erschien Mittwoch vor dem zuständigen Ausschuss des Repräsentantenhauses in Washington, um den Antrag der Regierung auf Bewilligung von fünf Millionen Dollars zu begründen, die zum Bau eines neuen Zeppelein-Luftschiffes an Stelle der verunglückten „Shenandoah“, und zwar eines solchen von dreimal so großem Umfang dienen sollen. Die Debatte, die im Anschluß hieran begann, bezieht sich generell auf die Frage der Brauchbarkeit der starren Luftschiffe für militärische Zwecke.

Das Grubenunglück in Oklahoma. Die Rettungsmannschaft hat bereits 65 der durch die Grubenexplosion verunglückten Bergleute als Leichen aufgefunden.

Das Urteil im Mordprozess Giese. Im Prozess gegen den Kesselschmied Oskar Giese in Berlin, der beschuldigt ist, am 2. April, vormittags, seine Ehefrau vergiftet und in den Teltomkanal gestoßen zu haben, verurteilte das Schwurgericht den Angeklagten auf Grund des geführten Indizienbeweises wegen Totschlags an seiner Ehefrau und wegen Heilhilfe zur verurteilten Abtreibung unter Verhängung mildernder Umstände zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte Todesstrafe beantragt.

Schweres Straßenbahnunglück in Dortmund. Im Dortmunder Vorort Eving fuhr ein Einbahnwagen der Straßenbahn gegen das Auto eines Viehhändlers. Trotzdem der Führer der Straßenbahn sofort die Bremsen anzog, fuhr er von hinten in das Auto. Das Auto wurde hochgedrückt und zertrümmerte die Scheiben des Straßenbahnwagens. Der Führer der Straßenbahn wurde vollständig zertrümmert. Der Straßenbahnwagenführer und vier Personen wurden durch Glasplitter schwer verletzt. Der Chauffeur des Autos und ein neben ihm sitzendes Fräulein kamen mit leichten Verletzungen davon.

Freinahme zweier Brandstifter. In Rauban gelang es der Polizei, zwei arbeitsscheue Dekretäre, die von einer Braunkohlengrube entlassen worden waren und verdächtig sind, auf ihren Vertiefungen Ställe und Scheunen anzuzünden zu haben, festzunehmen.

Ein flüchtiger Mittermörder. Der 1905 in Effen geborene Reinhold Beckmann hat gestern seine Mutter erschossen und ist flüchtig. Das Motiv ist unbekannt.

Der kleine Robinson in der türkischen Wüste. Eine Kavalleriepatrouille der Roten Armee in Turkestan hat auf einem Erkundungsritt in der Wüste bei Tschardhujah eine seltsame Entdeckung gemacht. Die Soldaten bemerkten in der gänzlich unbewohnten Gegend einen etwa zwölfjährigen Knaben, den sie anriefen und weil er enthielten wollte, festnahmen. Es hat sich herausgestellt, daß dieses Kind vor mehreren Jahren von einer durch die Wüste ziehenden Karawane verloren worden war. Der Knabe hatte in der Wüste eine Art von Robinson-Leben geführt. Er war von Beeren, Kräutern und dergleichen ernährt und in Höhlen gelebt. Er war dabei vollständig verwildert und konnte sich in keiner Sprache ausdrücken. Er ist jetzt in einem Kinderheim untergebracht worden.

Schneid. Mit kochendem Wasser verbrühte die Schneiderin A. ihre Verkäuferin demachen, daß die Verunfallte ins Krankenhaus überführt werden mußte, wo durch den behandelnden Arzt der Verlust des Augensichtes eines Auges festgestellt wurde. Der Grund zu dieser Tat soll Eifersucht sein.

Marienburg. Gründung einer Volksschule. Unter Vorsitz des Landrats Mehnert ist die Gründung einer Volksschule in Marienburg erfolgt. Der Volksschule gehören bereits 30 Mitglieder an. Es wurde ein geschäftsführender Ausschuss gewählt, dessen Vorsitzender Landrat Mehnert ist. Die Volksschule hat mit dem Stadttheater einen Vertrag über Abnahme von 100 Karten der zweiten Theaterreihe zu einem Einheitspreis von 1,50 Mark abgeschlossen. Durch eine von der Landesschule erhaltene Beihilfe können die Plätze für 1 Mark an Mitglieder abgegeben werden.

Eibing. Die Eisbede des Frischen Haffs hat durch den starken Frost der letzten Tage, der allerdings etwas abgemildert ist, eine Stärke von 7 bis 8 Zoll erlangt. Das Haff ist überflutet, soweit das Auge reicht, mit einer festen Eisbede versehen und wird nach allen Richtungen der Windrose für den Verkehr benutzt. Die ersten Verbessehten truben bereits über das Haff, die Sprossen von der Nehrung nach Tost mit befeuert. Die Brettingslänge in der Ostsee haben jetzt etwas nachgelassen, da die Eisbede, die sich am Strande etwa 100 Meter weit in die See gebildet hat, den Gang erschwert. Anfang dieser Woche wurde eine Menne Sol; an den Oststrand bei Schmeerarbe getrieben; es handelt sich um etwa 60 Stämme, die eine Länge bis zu 14 Meter haben. Wahrscheinlich ist es polnisches Holz, das durch die Weichsel in die See gelangt ist und nun bei Schmeerarbe an den Strand geworfen wurde.

Königsberg. Die Kindesleiche im Müllkasten. Im Müllkasten neben dem Bahnhof I des Lf-bahnhofes wurde eine bereits stark in Verwesung geratene Kindesleiche männlichen Geschlechts gefunden, die mit einer blauweißen gestrichelten Schürze umhüllt und in braunem Pappkarton verpackt war. Nach Angabe eines in der Gepädabfertigung des Lf-bahnhofes beschäftigten Arbeitsbüchsen hat der Karton mit der Leiche etwa vier Wochen in der Gepädabfertigung gelagert. Da der Karton nicht abgeholt wurde, hat der Wache ihn in der Annahme, daß es sich um verbotenes Fleisch handelt, in den Müllkasten geworfen.

Graudenz. Um 2400 Dollar erleichtert wurde ein Löhner auf einer Reise nach Warschau. Er war im Zuge eingekerkert und mußte beim Erwachen zu seinem Schrecken feststellen, daß ihm seine ganze Barschaft in Höhe von 2400 Dollar aus einer Seitentasche von Dieben gestohlen war. Der Betroffene hatte sich kürzlich verheiratet und der gestohlene Betrag stellte die gesamte Mitgift seiner Frau dar, den er in Warschau in Notn ummehrfeln wollte.

Stettin. Wieder eingeliefert. Anfang November wurde gemeldet, daß der wegen Mordes an dem belgischen Leutnant Josef Graf zum Tode verurteilte Schupowachmeister Rams in Graz in der Steiermark verhaftet worden sei. Die Verhaftung wurde genehmigt und Rams ist bereits wieder in das Stettiner Gefängnis eingeliefert worden. Gegen ihn schwebt ein Verfahren wegen Mordes. Die Wiederinhaftnahme Rams ist nicht von zu unterschätzender Bedeutung für die Verhandlungen mit den belgischen Behörden, die darauf hingingen, den vom Mörder belgischen Kriegsgesandten ungeschädigt verurteilten deutschen Schupowachmeister die Freiheit wiedergeben.

## Mitteilungen des Arbeiter-Sportvereins.

Arbeiter-Kartell für Geistes- und Körperkultur. Sonnabend, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Stadthaus (Naturfreundehaus) eine Sitzung statt. Alle Vereine müssen Vertreter entsenden.

Arbeiter-Samariter-Bund, Danzig. Sonntag, den 17. Januar, vormittags 9 Uhr: 2. Bundestag in der Mauerherberge. Schluß: 11 Uhr. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Satzungsänderungen. 3. Anträge. 4. Wahl des Bundesvorstandes und der ärztlichen Berater. 5. Verschiedenes. Nach dem Bundestag: Veranstaltung der dienstenden Kolonne zwecks Wahl des Kolonnenarztes und des Kolonnenführers.

2. V. „Die Naturfreunde“. Sonntag, den 17. Januar, abends 6 Uhr, im Heim: Jahresgeneralversammlung.

Gesamtheit. Montag, den 18. Januar, abends 7 Uhr: Übungsjunde in der Aula Neujohannisland. Eingang an der linken Giebelseite.

## Hempels Tochter

Roman von Alice Ferend

30

Frau Hempel begrüßte den Grafen ohne besondere Herzlichkeit. Aber als er von früheren Zeiten zu reden anfing, kam sie doch mit ihm ins Gespräch. Der Schutzmann räumte den schönen Kaffeegeruch. Frau Hempel ließ Laura die guten Tassen mit dem Goldrand aus dem Schrank holen und schenkte ein. Bald lag man gemütlich um den Tisch, während draußen die Donner krachten.

Graf Egon sagte, wenn er das voraus gewußt hätte, würde er einen schönen, großen Napf aus der Großstadt mitgebracht haben und meinte, daß er das eigentlich am nächsten Sonntag nachholen würde.

Frau Hempel wollte ihn nicht beleidigen. Außerdem aß sie Napfsachen sehr gern. So riet sie ihm, den Napfen bei dem Bäcker neben Bombachs Haus zu kaufen.

Am nächsten Sonntag brachte der junge Graf einen großen, schweren Napfen. Er war vom Postkonditor gegenüber dem königlichen Schloß.

Als man ihn forderte, erzählte der Graf, daß ihm die Luft hier außerordentlich gut wie, und daß er sehr gern jeden Abend herankommen möchte.

Frau Hempel hatte im Mund ein zu großes Stück des prächtigen Napfs und konnte es ihm nicht unterzagen. Auch gefiel er ihr. Man konnte nicht leugnen, daß er ein Herr war und sich als solcher benahm. Wie schön hatte er schon damals mit ihrer Laura von den Sternen gesprochen. Nicht anders hatte er gestern erzählt, daß der Napfen auf Bäumen wachse, wovon ihn verschämte Keger heranziehen. Alle Tage hatte sie Napfen getrunken, ohne zu wissen, wer eigentlich die Napfen machte. Er hatte ihr trotzdem geschmeckt, aber jetzt gewoß sie ihn Schuld für Schuld und dachte an die wilden, fremden Länder, aus denen er kam.

Umgang bereichert den Verstand. Wenigstens kann man das verlangen. Wenn der Schutzmann ins Reden kam, mußte er nichts anderes zu erzählen, als daß seine Mutter immer gesagt habe: Junge, so viel Schmalzstücken wie du verschlingst kein zweiter Bengel auf der Welt. Frau Hempel aber hatte Egon für Besseres.

Hempel stimmte wie immer auch hierin ganz mit seiner Frau überein. Der Graf war ein feiner Mann.

Er hatte Hempel erzählt, daß der erste Schutzmann ein Heiliger geworden sei und mit einem Glorienkranz im Himmel herumspazierte. Er war ein tüchtiger und auch ein

guter Mann gewesen, der Jeder gestohlen habe, um den Armen Schuhe daraus zu machen.

Schutzmann Regenbrecht meinte, daß müsse sehr lange her sein, wer heute Leder stehle, komme erst einmal ganz wo anders hin als in den Himmel.

Aber Hempel meinte, daß sei ein Geschichtchen, das man alle Tage hören könne.

So war es ganz von selbst gekommen, daß der Graf ein gern geschehener Gast an Hempels Gartentisch wurde, wo sich jeden Abend nach des Tages Last ein kleiner Kreis zusammenfand, um die Ruhe des Abends zu genießen. Da waren Speck, der Bademeister, Schutzmann Regenbrecht und dann und wann kam auch Herr Fabian, der Föwer, dazu. Er sah nicht froh aus und fragte, daß das Fell des Wäntschlagers in diesen heißen Tagen kein geeignetes Rohmaterial sei. Auch auf Zuckeln hielt er, mit der er nun seit acht Jahren verheiratet war, ohne daß sie ihn geliebt. Aber sie hatten nun einmal das Geschäft mit einander, das Fell war teuer gewesen.

„Geschäft ist eben Geschäft“, sagte er leidend und sah wehmütig zu Laura herüber.

Laura scherzte meist mit dem Schutzmann, der vor Glück und Hitze atmete. Er sah nur Laura. Den seinen Herrn mit den dünnen Anschlägen beachtete er wenig. Wenn er wieder ein gutes Sprächchen gemacht zu haben glaubte, lachte er laut und lange, zog den Kopf mit den Knöpfen und Treppen hin, setzte sich fest auf den Stuhl, der unter der Nacht seiner Schenkel knarrte und fragte und fröhlich sich den Schnurrbart. Es war nicht schwer zu erraten, wenn hier ein Räuber den Vorgesang geben mußte.

Wir täuschen uns selbst leichter als andere.

Auch Laura war überzeugt davon, daß Graf Egon nicht ahnen könne, an wem sie in diesen heißen Sommerabenden dachte. Aber dieser war sich klar, daß die Partie keinen wirklichen Gefahren an dieser Reichenmänner in Uniform finden konnte.

Er fragte Laura, warum sie immer einen Schutzmann neben sich habe. Ob sie fürchte, daß ihr Herr gestohlen würde.

Sie antwortete, daß er es ganz richtig erraten habe. Herr Otto läse ihr jeden Morgen aus der Zeitung vor, wie viele schlechte Menschen es gäbe.

Der Graf wollte wissen, ob sie auch ihn für diebisch halte.

Sie sagte nein. Denn er habe täglich so viel mit Gold und Geld zu tun, daß ihm nichts gelegen sein könne an einem leeren Porten.

Der Schutzmann lachte laut auf und schlug sich vor den Augen auf die Stirn.

„Wenn das Versprechen nun aber nicht mehr leer ist?“ fragte er blinzeln.

„Was sollte denn drinnen sein?“ fragte Laura zurück und sah ihn an.

Da wurde er verlegen, fragte sich unter dem Helm und mußte nichts zu sagen.

Erst nach einer ganzen Weile sagte er, daß Laura viel zu hochmütig wäre und nie im Leben einen Fuß kriegen werde.

Der Graf sagte, daß er das ebenfalls glaube.

Herr Otto, der wie alle Zeitungsläser über alles Bescheid wußte, sagte, daß in Amerika das Räufen politisch verboten sei.

Der Schutzmann runzelte die Stirn und erklärte bestimmt, daß dies hier im Lande nicht der Fall sei. Sein Reglement enthalte keine derartigen Vorschriften. Er faltete noch heftiger die glatte Bahn seiner Stirn zusammen und brummte:

„Was zu viel ist, ist zu viel.“

Es gibt Lebenslagen, wo selbst ein Schutzmann mühen werden kann auf die Polizei.

Der Juli siebte weiter. Es gab Tage, wo Hempels um die Mittagshunden glauken konnten, allein auf dieser heißen Welt zu sein. Kein Atem rührte sich. Die Luft stand still, erfüllt von dem Duft gerösteter Kiefernadeln. Der See lag unbeweglich wie ein Stück schmutziges Glas, das man ins Grün geworfen. In diesen Stunden kam niemand. Die Menschen waren zu matt geworden, um sich zu wehren. Sie verbargen sich in den dunklen Häusern vor der Nacht dieses gewaltigen gelben Falles, der nahe wie ein Litzschiff über ihren Dächern rohte.

An einem solchen heißen Mittag kloppte es unvermutet an das Fenster, das man geschlossen hatte, um Hitze und Fliegen auszuschließen. Es war eine Frau mit einem kleinen Kinde auf dem Arm. Er sah als man die Tür öffnete und zu ihr heraustrat, erkannte man, daß es Ida war. Die kraushaarige, gummierte Ida, Bombachs einstige Köchin und Lauras Gefährtin in Frau Zeitmanns aufgeregtem Haus. Sie hatte das Gesicht einer alternenden Frau bekommen, und Laura schloßte plötzlich laut auf, schlang ihre Arme um Idas Hals und küßte sie.

(Fortsetzung folgt.)

Sarotti



# WIRTSCHAFT \* HANDEL \* SCHIFFFAHRT

## Umstellung in der amerikanischen Anleihepolitik.

Privatunternehmungen werden bevorzugt. — Den Regierungen traut man nicht.

Vor dem Kriege besaß die kapitalistische Welt zwei Finanzmächte: England und Frankreich. Die Vereinigten Staaten gehörten zu den europäischen Schuldnern, sie schuldeten nämlich Europa 4 Milliarden Goldmark. Der Krieg veränderte das finanzielle Gleichgewicht der Welt; dabei litt das kontinentale Europa viel mehr als das inselartige England. Aber auch England wurde auf die zweite Linie der europäischen Finanzwelt versetzt, trotzdem ihm die Kolonien und das Mandat über Palästina und Mesopotamien zuerkannt wurden. Durch die Befreiung von Vorkriegs- und durch die Eskalation des Saargebietes erhielt Frankreich die größte Eisenindustrie und die größten Kohlengruben, es wurde aber gleichzeitig auch der größte Schuldner am europäischen Kontinent. Als zweiter nach England war Frankreich Weltgläubiger, denn es leidet nicht gelang, seine Schulden und seine Finanzen zu ordnen. Dagegen wurde der ehemalige Schuldner Europas, die Vereinigten Staaten, sein Gläubiger. Worauf gründet sich nun der Reichtum der Vereinigten Staaten?

Mit seinen 115 Millionen Einwohnern machte Nordamerika das 480 Millionen Einwohner zählende Europa von sich abhängig. Nordamerika bewohnt ein Fünftel der Weltbevölkerung und besitzt ein Fünftel des Goldvorrats der Welt und gewinnt jährlich ein Drittel des Goldgewinnes der ganzen Welt. Ferner produzieren die Vereinigten Staaten im Verhältnis zu den übrigen Weltteilen zwei Fünftel Baumwolle, ebensoviel Steinkohlen, drei Viertel Kaffeebohnen und verfügen über die Hälfte der Kupfergewinnung. Der jährliche Gewinn der nordamerikanischen Volkswirtschaft beträgt über 60 Milliarden, d. h. 321 Dollar pro Kopf. All dies veranlaßt die Vereinigten Staaten neben ihrem natürlichen Reichtum an Bodenschätzen der guten Organisation der Arbeiter und den Banken durch ihre weitestgehenden Kreditoperationen.

Heute besitzen die Vereinigten Staaten zweimal soviel Gold als für die Entwicklung ihres Wirtschaftslebens erforderlich ist, bezwecken sind sie dauernd auf der Suche nach einem Absatzgebiet für ihre überflüssigen Kapitalien. Hierfür gibt es zwei Tätigkeitsbereiche: Südamerika und Europa. Am liebsten investieren die amerikanischen Finanziers ihre Kapitalien in den kleinen südamerikanischen Staaten. Im Jahre 1925 betrug der Anteil Europas an den nordamerikanischen Anleihen 45 Prozent. Die nordamerikanischen Kapitalisten suchen sich immer diejenigen Industrien aus, welche ihnen die besten Garantien und die größten Gewinnmöglichkeiten bieten. Die Anleihen teilen sich in zwei Klassen: Regierungen- oder von den Regierungen garantierte Anleihen und Privatunternehmungen.

Eine genaue Aufstellung über den Bestand der nordamerikanischen Guthaben im Jahre 1925 veröffentlichte in den letzten Tagen das U.S.-Departement of Commerce, worin die Anleihen zur Stabilisierung der dänischen, italienischen und englischen Währungen noch nicht berücksichtigt worden sind, weil diese Anleihen nur als Dispositionskredite anzusehen sind. Unter den Regierungen- und kommunalen Anleihen werden erwähnt die deutsche Anleihe in Höhe von 800 Millionen Goldmark, verschiedene Anleihen deutscher Städte in der Gesamtsumme von über 1 Milliarden Dollar, ferner eine Reihe Anleihen für deutsche Privatunternehmungen.

Von Polen ist die Dillon-Anleihe in Höhe von 35 Millionen Dollar, von denen bisher nur 12 Millionen eingezahlt wurden, angeführt. Während verschiedene kleine Staaten Anleihen für ihre Privatunternehmungen erhielten, wird Polen in dieser Rubrik nicht erwähnt. Dagegen wird im erwähnten Bericht angeführt, daß der österreichische Konzern „Alpine-Montan“, der ungarische Konzern „Kima“ u. a. ihre Aktien in Nordamerika untergebracht haben. Erst in den letzten Tagen des vergangenen Jahres gewährte der „Dillon, Read & Co.“-Konzern der deutschen Industrie eine Anleihe in Höhe von 50 Millionen Dollar. Das amerikanische Kapital ist darüber hinaus fast in allen größeren Industrieunternehmen Deutschlands engagiert. Die deutsche Rentenbank erhielt unlängst eine amerikanische Anleihe in Höhe von 25 Millionen Dollar.

Nach der Aufhebung des „Embargo“ (Verbot der Kapitalienausfuhr) in England wollte es scheinen, daß das amerikanische Anleiheemonopol erheblich abgebaut und die Londoner City mit der New Yorker Wallstreet konkurrieren wird, was zur Erleichterung der Kreditbedingungen beitragen muß. In Wirklichkeit ist dies nicht der Fall, denn der Prozentsatz der Regierungen- und kommunalanleihen bewegt sich noch immer zwischen 7 und 8½ Prozent jährlich. Allerdings liegt der Zinssatz für private Anleihen erheblich niedriger und ihr Emissionskurs bedeutend höher.

Es ist möglich, daß sich die Londoner City trotz Aufhebung des „Embargo“ an den Rat Elton Jounas festhält, der fordert, daß kein Pens verliehen werden soll, welcher dem englischen Handel und der englischen Industrie keinen direkten Nutzen bringt. Auch Professor Keynes tritt gegen die ausländische Investierung englischen Kapitals auf und fordert, diese Kapitalien zur Hebung der eigenen englischen Industrie und des Handels zu verwenden. Die Regierungsanleihen hätten, nach Keynes, den Weltkrieg herbeigeführt und Frankreich habe fast alle seine Ersparnisse in Rußland verloren.

So kommt es, daß die Augen aller Anleihehelfenden nach wie vor nach Amerika gewendet sind. Aber auch in Amerika werden gegen die Investierung amerikanischen Kapitals im Ausland immer mehr Stimmen laut. Präsident Coolidge sprach sich seinerzeit nur für die Gewährung von Anleihen für produktive Zwecke aus. Dadurch trat auch auf dem amerikanischen Geldmarkt eine Wende ein, denn im vergangenen Jahre, namentlich in seiner zweiten Hälfte, wurde seitens Amerika den europäischen Regierungen nicht einmal die Hälfte der Anleihen des Vorjahres gegeben. Dagegen betrug die Gesamtsumme der in derselben Zeit gewährten Privatankleihen fast zweimal so viel als im Jahre 1924.

**Ankunft der deutschen Handelsvertragsdelegation in Paris.** Die deutsche Handelsvertragsdelegation mit Ministerialdirektor Ruffe an der Spitze ist gestern vormittag in Paris eingetroffen. Sie wurde am Bahnhof durch den Ratspräsidenten im Handelsministerium, aber, begrüßt. Die französischen und die deutschen Unterhändler begannen heute vormittag im Handelsministerium die Verhandlungen.

**Guter Stand der deutschen Zelluloseindustrie.** Der Verein für Zellulose-Industrie, A.-G., in Berlin legt jetzt seinen Geschäftsbericht für das 18 Monate umfassende Geschäftsjahr 1924/25 vor. Die Verwaltung führt darin aus, daß sich die Nachfrage nach den Fabrikaten der Gesellschaft in solchem Maße gesteigert hat, daß zeitweise dem Bedarfe der Kundschaft nicht genügt werden konnte. Die Gesellschaft hat unter diesen Umständen ihre Produktionsanlagen gut auszunutzen und die höchsten Zahlen der Vorratserzeugung überreichten können. Das finanzielle Ergebnis entspricht allerdings dieser Geschäftslage nicht.

**Ein neuer dänischer Valutakredit in London.** Zwei Vertreter der dänischen Nationalbank haben sich nach London begeben, um mit englischen und amerikanischen Bankiers wegen der Rückzahlung des im Jahre 1923 erhaltenen

Valutakredits von 10 Millionen Dollars und Aufnahme eines neuen staatsgarantierten Kredites in Höhe von 3 Millionen englischen Pfund zu verhandeln. Der neue Kredit wird wahrscheinlich durch die fünf führenden englischen Großbanken und Hambros Bank vermittelt werden. Der im Jahre 1923 aufgenommene Valutakredit lautete ursprünglich auf 5 Millionen Pfund, wovon 2,7 Millionen von den englischen und 2,3 Millionen von amerikanischen Banken übernommen wurden. Im Januar 1925 erhielt Dänemark einen weiteren amerikanischen Kredit von 40 Millionen Dollars in Form eines Massakredits, der, wie von uns berichtet, um ein Jahr verlängert worden ist. Angeblich soll dieser Kredit bisher noch nicht in Anspruch genommen worden sein.

## Polens Vorbereitungen zur amerikanischen Finanzhilfe.

Erklärungen Strzyński. — Berufung ausländischer Sachverständiger.

Wie wir bereits melde, hat der amerikanische Sachverständige Professor Edwin Kemmerer die Lage der polnischen Staatswirtschaft als geeignet für eine größere Finanzierungsaktion des „Bankers Trust“ New York erkannt, so daß die nunmehr in Warschau weilenden beiden Delegierten des Trusts und der zu diesem Trust gehörenden „American Tobacco Co.“ bereits zur Prüfung der Einzelheiten schreiten konnten.

Da vereinbart wurde, daß neben Professor Kemmerer die Stellung eines händigen Finanzberaters bei der polnischen Regierung einnehmen soll, um als Mittelsmann zwischen der polnischen Regierung und dem „Bankers Trust“, dem beide Parteien das Vertrauen schenken, zu fungieren, müßte die polnische öffentliche Meinung, der noch keine Einzelheiten dieses Vorhabens bekanntgegeben wurden, allmählich zu der Nachricht über die bevorstehende Verhandlungen vorbereitet werden.

Diese Vorbereitung begann bereits vorgestern in einer in der Wohnung des Sejmarschalls Rajak abgehaltenen Konferenz, an der die Abgeordneten Glabinski, Polecki, Dembski, Barlicki, Zulawski und Popiel — also Vertreter aller Regierungsparteien — teilnahmen. In einem längeren Referat begründete Ministerpräsident Strzyński die Notwendigkeit eines festgelegten Wirtschaftsplanes und der Mitarbeit ausländischer Sachverständiger.

Die wirtschaftliche Politik Polens, erklärte Strzyński, habe zwischen einer Inflation und einer stabilen Währung zwischen Liberalismus und Protektionismus, zwischen hohen und niedrigen Zöllen geschwankt. Diese Politik erinnere an ein blindes Pferd, das den Weg nicht kennt und immer in den Graben hineinfiel.

Diese Sachlage mache die Berufung ausländischer Sachverständiger notwendig, welche an der Verwirklichung eines Wirtschaftsplanes mitarbeiten würden. Das hätte die gute Seite, daß das Vertrauen des Auslandes zu Polens Wirtschaftspolitik gestärkt würde.

In der Diskussion nahmen die Abgeordneten Glabinski, Dembski und Zulawski zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Strzyński eine günstige Stellung ein. Die Regierung soll bei der nächsten Konferenz, welche Anfang nächster Woche abgehalten werden soll, konkrete Vorschläge stellen.

## Keine englische Anleihe.

Die von der Bank Politi mit englischen Kapitalisten geführten Verhandlungen wegen einer Emissionsanleihe sind an der Haltung der Engländer gescheitert, die einen Anteil von 65 Prozent und eine dementsprechende Anzahl Stimmen im Aufsichtsrat der Bank kategorisch forderten. Die Engländer verlangten außerdem eine dahngehende Abänderung des Bankstatuts, der Präsident der Bank Politi soll nicht vom polnischen Staatspräsidenten, sondern vom Aufsichtsrat ernannt werden. Die Unterhandlungen sind nunmehr als gescheitert anzusehen.

Wie wir hierzu erfahren, wollte sich die polnische Regierung zu den englischen Forderungen aus dem Grunde nicht entschließen, weil das Gutachten des Professors Kemmerer und die Zukunft der Delegierten des „Bankers Trust“ und der zu diesem gehörenden „American Tobacco Co.“ auf ein Zustandekommen einer Großfinanzierung der polnischen Staatswirtschaft seitens des „Bankers Trust“, welche auch die Emissionsbedürfnisse der Bank Politi entsprechend berücksichtigt hätte, schließen läßt, so daß man es gegebenenfalls nicht nötig haben würde, sich dem Diktat der englischen Finanziers zu unterwerfen.

**60 Milliarden Bankkapitalien.** Nach den neuerlichen Berechnungen der zuständigen Bankbehörde der Vereinigten Staaten, des Comptroller of the Currency, die dem Kongreß vorliegen, stellte sich per Ende Juni 1925 die Summe aller in den 29 000 amerikanischen Banken stehenden Eigenkapitalien einschließlich Reserven (surplus), unverteilter Dividenden und Kundeneinlagen auf 60 Milliarden Dollar. Die reinen Bankkapitalien stellten sich auf 3 294 000 000 Dollar, die Depósitos betrugen mehr als 50 Milliarden Dollar. Das Wachstum der Gesamtsummen seit 1921 war wie folgt: 1921: 48 Milliarden, 1922: 50 Milliarden, 1923: 53 Milliarden, 1924: 56 Milliarden, 1925: 60 Milliarden Dollar.

**Gründung der Vereinigten Stahlwerke A.-G.** Gestern wurde in Essen die Gründung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. vollzogen. Das Aktienkapital der Gesellschaft (Sitz Düsseldorf) beläuft sich zunächst auf 50 000 Reichsmark. Gründer der Gesellschaft sind 1. die Rhein-Elbe-Union, 2. die Thüngen Gruppe, 3. der Phoenix mit den Stahlwerken von der Leyen und 4. die Rheinischen Stahlwerke.

**3P BORG Stambul 3P**  
Einfache Packung  
dafür ausgezeichnete Qualität.

## Polens Außenhandel im November.

Nach vorläufigen amtlichen Angaben betrug die polnische Gesamteinfuhr im November 1925 84,2 Mill. Zloty. Sie gliederte sich (in Mill. Zloty) wie folgt: lebende Tiere — 0,09; Nahrungsmittel und Getränke — 16 (darunter Mehlwaren — 9,8; Rohstoffe und Halbfabrikate — 29,6 (darunter Wolle und Abfälle — 2,1, Baumwolle und Abfälle — 11,3, Zute — 1,5, Zafak — 4,0, Erze — 1,5); Fertigwaren — 33,4 (darunter Metallwaren — 14,9, Lederwaren — 4,7, Federwaren — 1,6, Textilwaren — 5,9, Kleider und Konfektion — 2,1, Papierwaren — 1,0, polygraphische Erzeugnisse — 1,1, Präzisionsinstrumente und Apparate — 1,2; chemische Erzeugnisse — 2,0, Medikamente, Schläuche — 1,2; sonstige Waren — 0,08.

Die Gesamtausfuhr betrug im November 154,5 Mill. Zloty und gliederte sich (in Mill. Zloty) wie folgt: lebende Tiere — 14,4; Nahrungsmittel und Getränke — 50,2 (darunter Getreide — 21,0, Fleisch — 2,7, Eier — 1,4, Zucker — 14,0, Kartoffelmehl und -stärke — 1,1); Rohstoffe und Halbfabrikate — 66,5 (darunter Hopfen — 1,7, Futtermittel — 2,8, Sämereien — 3,1, Papierholz — 3,0, Grubenholz — 1,4, Mide und Mische — 3,1, Bohlen, Bretter und Latten — 6,7, Eisenbahnwagen — 1,8, Kohle — 15,1, Zink — 8,6, Blei — 2,7, Benzin — 1,6, Petroleum — 1,0, Paraffin — 1,6, Betriebsöle — 0,9, Schmieröle — 1,1, Kunstdünger — 1,5); Fertigwaren — 23,4 (darunter Holzwaren — 2,6, Metallwaren — 4,4, Textilwaren — 9,1, Kleider und Konfektion — 1,0, chemische Erzeugnisse — 1,2).

## Der weitere Niedergang von Lodz.

Wie man dem „Express“ voran aus Lodz meldet, sind zahlreiche dortige Textil-Fabrikanten im Besonderen, ihre Maschinen, sowohl die Spinnerei- wie die Webereimaschinen, zu verkaufen. Die Gefahr liegt hauptsächlich darin, daß am meisten Maschinen alternativer Konstruktion verkauft werden. Vorgehen traf in Lodz eine französisch-italienische technische Kommission ein, um die zum Verkauf bestimmten Maschinen zu besichtigen und abzuschätzen.

## Sie deutsch-polnische Eisenbahnkonvention.

Die den Grenzverkehr betreffende deutsch-polnische Eisenbahnkonvention wurde gestern von den Bevollmächtigten beider Regierungen unterzeichnet. Diese Konvention regelt folgende Angelegenheiten: Die Rechte und Pflichten des Zug- und Stationspersonals, die Zoll- und Passformalitäten, die Grenzüberwachung, die Abrechnung für Personen- und Güterverkehr und dergleichen. Seit heute ist die Kommission einen weiteren Vertragsschritt betreffend die Durchfuhr von Polen nach Polen über Teutoburg, Hagen und die Personen- und Gütertarife.

## Verkehr im Hafen.

**Eingang.** Am 14. Januar: Deutscher Schl. „Adana“ und „Heros“ von See, Marinolochlager, für Danzig, Sch. A.; letzterer D. „Kurland“ (428) von Wismar, leer für Bergen, Festerplatte. **Ausgang.** Am 14. Januar: Deutscher D. „Jife“ (186) nach Kopenhagen mit Gütern; deutscher D. „Dora Mendt“ (529) nach London mit Getreide; Danziger D. „Edith Wesselsmann“ (291) nach Antwerpen mit Hafer; deutscher D. „St. Lorenz“ (343) nach Neval mit Getreide und Gütern.

## 47 000 Arbeitslose in Ostpreußen.

Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden stieg in der letzten Woche um rund 4000 auf annähernd 47 000; unterlöhnte Erwerbslose wurden zu Beginn des Monats etwa 32 500 gezählt. Die Vermittlungstätigkeit in der Landwirtschaft beschränkte sich fast ausschließlich auf ledige Landwirte. Der gewerbliche Arbeitsmarkt wies in sämtlichen Berufsgruppen weitere Abnahmen auf. Im Metallgewerbe fehlten sich Entlassungen und Werksübertragungen fort; Schloßer und Schmiede stiegen in größerer Anzahl der Erwerbslosenfürsorge anheim. In der Sägewerksindustrie wurden ebenfalls zahlreiche Entlassungen vorgenommen. Die ungünstigen Beschäftigungsverhältnisse im Baugewerbe haben sich nicht gebessert; nur Zementarbeiten wurden in beschränktem Umfang ausgeführt. Der Bedarf an ungelerten Arbeitern war nach wie vor sehr gering; bei den gemeldeten Stellen handelte es sich fast ausschließlich um Gelegenheitsarbeiten oder um vorübergehende Beschäftigung.

**Der polnische Haferexport.** In Erwartung einer Ausfuhrsperr für Hafer suchen die Exporteure ihre Vorräte nach dem Auslande möglichst zu befreien. Kürzlich sind mehrere größere Abschlüsse mit Österreich und der Tschechoslowakei zustande gekommen; im ersten Falle wurden 26 500—28 500 österr. Schilling pro 100 Kilogramm Hafer franco Wien erzielt.

**Die Auftragsbestände der deutschen Werften.** Am 31. Dezember 1925 waren auf deutschen Werften 234 145 Br.-Reg.-T. im Bau gegen 3 626 am 30. September und 407 366 am 30. Juni. Der Rückgang im letzten Halbjahr beträgt also 42,5 Prozent. Die deutschen Stapelläufe betrugen im letzten Quartal des Vorjahres 23 788 Br.-Reg.-T. Nach dem Stand am Jahresende hat Deutschland seine Position als zweitgrößtes Schiffbauand der Welt verloren, und zwar an Italien, das einen Auftragsbestand von 309 578 Br.-Reg.-T. zu verzeichnen hat. In Großbritannien befinden sich am Jahresende 885 014, in Frankreich 167 256, in Holland 108 594 und in den Vereinigten Staaten 105 211 Br.-Reg.-T. im Bau.

**Die deutsche amtliche Großhandelsindexziffer vom 13. Januar 1926.** Die auf den Stichtag des 13. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 6. Januar (121,6) um 0,8 Prozent auf 120,6 Prozent zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 116,7 auf 115,2 oder um 1,3 Prozent, die Industrierstoffe von 131,6 auf 130,7 oder um 0,2 Prozent nachgegeben.

## Amtliche Börsen-Notierungen.

Danzig, 14. 1. 26

1 Reichsmark 1,23 Danziger Gulden  
1 Zloty 0,71 Danziger Gulden  
1 Dollar 5,20 Danziger Gulden  
Scheck London 25,20 Danziger Gulden

**Danziger Produktendörse vom 14. Januar.** (Amtlich.) Weizen rot 13,20—13,50 G., Weizen weiß 13,50—13,65 G., Roggen 8,50 bis 8,55 G., Futtergerste 8,25—8,50 G., Gerste 8,50—9,50 G., Hafer 8,25—8,50 G., Hafer, gelber 8,00—8,75 G., fl. Erbsen 10,00 bis 11,00 G., Viktoriaerbsen 15,00 G., grüne Erbsen 14,00 G., Roggenkleie 5,25—5,50, Weizenkleie 6,50—7,00. (Großhandelspreise für 50 Kilogramm wagonfrei Danzig.)







collaborative on demand



